

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57
Winterfeldstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Telefon: Amt 2130 Nr. 27 46

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags-Abends
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 3 Mk.
Postzeitungsliste Nr. 3164



Ein Jahr klingt aus, ein Jahr klingt an,
Wer lobt die blutbesprigte Zeit?
Es dehnte sich zur Ewigkeit
Ihr harter Zwang und Bann.

Es schlug wohl jede Stunde
Zu Grimm und Groll, zu Mord und Brand,
Der Fuß zerstampfte reifes Land.
Die Ernte: Tod und Wunde.

Zerbrochen stürzten Haus und Herd,
In Aische sanken Dorf und Stadt.
Es fraß, und fraß sich doch nicht satt
Das haßerfluchte Schwert!

Ihr Tage voller Graun und Blut,
Wer mag zurück sich wenden?
Wir waschen von den Händen
Aufatmend Schmutz und Blut.

Wir waschen von den Sinnen
Den letzten Staub, den letzten Wahn,
Ein größeres Beginnen,
Ihr Brüder, geht nun an.

O Freiheit, Friede, Morgenrot,
Wie leuchtet ihr so hell und warm!
Es quillt die Kraft im frohen Arm
Zu stürmischem Gebot:

Zerfallen ist der alte Bau —
Hörst du die Eulen schreien?
Nun soll ein Werk gedeihen
Startauf ins lichte Blau.

Hinaus den Dreck, den Schutt hinaus,
Und Fluch den Nachtgespenstern!
Wir bauen uns ein neues Haus
Mit hohen, weiten Fenstern.

Ein helles Haus, doch kein Palast
Für Könige und Drohnen.
Drin soll die Arbeit wohnen,
Befreit von Not und Last.

Drum jede Stunde, die vollbracht,
Sei Psalm, der unsre Eintracht preist,
Sei Sang vom starken Brudergeist,
Der unser Haus bewacht.

Geist Brysons.

Rückblicke auf das Jahr 1918.

1. Politisches.

Noch stehen wir inmitten der Wirrnisse einer trüben Zeit, und die Vorgänge der letzten Tage sind wahrlich nicht dazu angetan, sich mit allzu großer Befriedigung Rechenschaft abzulegen über die Einzelvorgänge innerhalb des letzten Jahres.

Dennoch bleibt ein gewaltiger Aktivposten, mit dem wir ins neue Jahr gehen: Wir haben Waffenstillstand und berechnete Aussicht auf baldigen Frieden! Was all die Jahre hindurch sich in nobelhafter Ferne zu verlieren schien, ist endlich in Erfüllung gegangen: Das Ende des Weltkriegs ist da. Wir alle hatten uns dieses Ende wohl etwas anders vorgestellt. Ob es aber besser sein konnte, war doch längst für den politischen Geschulten zweifelhaft. Ja, man kann mit viel größerem Recht sagen, daß das Jahr 1918 für die gesamte Arbeiterschaft alle Erwartungen übertroffen hat durch den zweiten Aktivposten, nämlich die deutsche Revolution!

Zwar sind wir seit dem 9. November ein so ungebärdig Volk unter uns, daß vielen die bisherigen Errungenschaften der Revolution schon als nichtig erscheinen. Und vom wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkt aus nicht einmal ganz mit Unrecht. Es fragt sich nur, ob die Durchführung der wirtschaftlichen und sozialen Revolution überhaupt das Werk weniger Wochen und Monate sein kann! Wir für unsern Teil müssen das verneinen und mit uns jeder starbende Mensch, der nur eine leise Ahnung von volkswirtschaftlichen Dingen besitzt.

Es ist tausendmal leichter, die völlig vermorstete Kriegsmaschinerie zu zerbrechen und die politische Revolution durchzuführen, als nun den Wiederaufbau der völlig zerrütteten Volkswirtschaft schnell und sicher durchzuführen. Es ist ohnehin erstaunlich genug, daß es der jetzigen provisorischen Regierung der Volksbeauftragten bislang gelungen ist, größere Not, Hunger und dauernde Verfehrstodung von uns fernzuhalten.

Politisch aber ist viel erreicht worden. Vor allem sind wir jetzt freie Bürger einer freien Republik. Das freieste Wahlrecht aller Völker für Männer und Frauen vom 20. Jahre an wird uns am 19. Januar 1918 eine Nationalversammlung schaffen, die erst die eigentliche Durchführung unserer Revolutionsziele ermöglichen soll. Hierin beruht unsere Hoffnung und Stärke! In dem Maße, wie sich der sozialistische Gedanke bei den Wahlen am 19. Januar manifestiert, wird die Umgestaltung des kapitalistischen Staates vor sich gehen, und es gibt keinen Arbeitervertreter, in welcher Gruppe der Sozialisten er auch stehen mag, der nicht den Wunsch und Willen hätte, dem bürgerlichen Parlamentarismus den Garaus zu machen. Aber demokratisch müssen wir dabei verfahren! Das heißt nach Mehrheitsgrundsätzen! Und alle schillernden Reden vom bisherigen Unrecht rechtfertigen nicht das neue Unrecht, das wir begehen würden mit Terror und Vergewaltigung.

Im übrigen sind die politischen Errungenschaften für den seit Jahrzehnten kämpfenden Gewerkschaftler nicht gering. Der Sturz der Dynastien brachte das Ende eines Parasitentums, wie es ärger nicht zu denken ist. Überall sind Arbeiter- und Soldatenräte eingesetzt, die den berechtigten Wünschen und Forderungen der Arbeiter gründlich nachgehen können und für Besserung sorgen. Herrenhaus und Abgeordnetenhaus sind in der Verfassung verchwunden, und schon am 26. Januar 1918 wird eine preussische Nationalversammlung gewählt sein unter freiestem Wahlrecht.

Wir haben volle Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit! Und wenn auch hier und da noch etwas ungünstig davon Gebrauch gemacht wird, es ist nur eine Frage der Zeit, daß sich auch die Extremisten (d. h. die Alleräußersten) daran gewöhnen, von dieser Freiheit vernünftigen Gebrauch zu machen. Abgesehen liegt es mit der Pressefreiheit: Im Moment sind zwar noch nicht alle „Besetzungen“ von Zeitungen vorüber und die „Schimpf-

freiheit“ feiert ihre Auferstehung wie zu den Zeiten Johann Rost's. Aber diese „Kinderkrankheiten“ werden sicher zu überstehen sein, und sie sind sicher tausendmal erträglicher als die dauernde Stnebelung der Arbeiterpresse während der 51 Kriegsmonate.

Für uns Gewerkschaftler insbesondere ist die gesetzliche Durchführung des Achtstundentages hoch in Anrechnung zu stellen. Die Erwerbslosenfürsorge hat den bisherigen Wohltätigkeitscharakter verloren und ist zur Rechtsfrage für jedermann geworden.

Damit in Verbindung steht die völlige Umgestaltung des Verhältnisses von Unternehmer und Arbeiter. Beide verhandeln in Zukunft auf der Basis der Gleichberechtigung.

Die Gefindeordnung ist erledigt und alle Arbeiterschutzbestimmungen sind wieder eingesetzt.

Berschnettet ist der Militarismus und damit die stärkste Säule des Kapitalismus.

Jetzt ist freie Bahn für alle Volksgenossen, und wir Sozialisten werden nicht ruhn, bis nun der politischen Revolution auch die wirkliche soziale Umgestaltung folgt.

Dazu aber bedarf es harter, andauernder Arbeit. Sie ist die stärkste Quelle allen gesellschaftlichen Reichtums, und keine Revolution kann ohne äußerste Anspannung unserer Arbeitskräfte die Produktion so umgestalten, daß nun jeder Brot und Existenzmöglichkeit hat. Noch ist die Demobilisation im Gange. Hunderttausende sind noch ohne Arbeit! Da gilt es Arbeit zu schaffen und Arbeit zu verrichten!

Das ist das erste und vornehmste Gebot in diesen harten Revolutionstagen, dem wir uns alle beugen müssen, wenn nicht die Geschichte eines Tages über uns hinweggehen soll unter dem Urteilspruch: Gewogen und zu leicht befunden!

Für die Gewerkschaften treten neue Aufgaben in den Vordergrund. Aber auch die alte Arbeit der Volksaufklärung gewinnt in Presse und Versammlung erhöhte Bedeutung. Denn ohne Revolutionierung der Sinne können wir nicht einmal die bisherigen Errungenschaften der Revolution aufrechterhalten, geschweige neue durchsetzen.

Und ein anderes Gebot tritt immer klarer auf: Die Einigkeit der Arbeiterklasse! Was einst zur Zerrümmung der Organisationsarbeit führte, ist durch den Abschluß des Krieges erledigt. Wir können uns nicht andauernd gegenseitig unsere Vergangenheit vorwerfen!

Jetzt gilt es einig zu sein, und alle Zeichen der Zeit sprechen dafür, daß die politische Einigung der arbeitenden Massen unter dem Banner des Sozialismus nicht länger aufzuhalten ist. Mögen die verantwortlichen Führer diesem Einigungswillen Rechnung tragen, sonst geht die Einigung ohne sie vonstatten.

Wir hätten wohl noch manches zu sagen aus den politischen Vorgängen des verflossenen Jahres. Aber es ist doch Klein und belanglos, gemessen an den Vorgängen der letzten Wochen.

Darum können wir uns diesmal die Einzelheiten sparen. Möge das neue Jahr uns eine gewaltige Strecke vorwärts bringen in der Erfüllung unserer politischen und wirtschaftlichen Ziele.

Dazu aber bedarf es steter Aufklärungsarbeit. Unsere Anliegen und Möglichkeiten können jetzt in Schulen in unseren Verbänden. Mögen sie dauernd und eifrig mitwirken an der Volksaufklärung und Umgestaltung der Verhältnisse. Dann wird es uns möglich sein, eine neue Kulturstufe im kommenden Jahr zu erklimmen.

Die Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar werden der beste Prüfstein dafür sein!

Streiks und Ueberföhre.

Dieses Kapitel behandelt im „N. Z.“ Erich Dombrowski. Wir geben seine Ausführungen auszugsweise wieder. Sie sind zwar u. G. reichlich einseitig-bürgerlich, nötigen uns aber doch, dieser Gegenseite einmal Gehör zu schenken:

Wir stehen bereits am Anfange einer wirtschaftlichen Anarchie. Nur Optimisten können die jetzige Entwicklung der Dinge anders, rosiger ansehen. Es wird gestreift. Bald hier, bald dort. Ohne jeden einheitlichen Zusammenhang. Und hat eine Arbeitsgruppe, in schnellem Aufbegehren, etwas erreicht, so melden sich, nicht so selten, gleich noch radikalere, die die Forderungen für ungenügend erachten, die vor kaum beendetem Streik von neuem beginnen und mehr immer mehr verlangen. Gibt der Arbeitgeber auch ihnen schließlich nach, weil ihm unter dem Zwange der Verhältnisse gar nichts anderes übrig bleibt, tritt eine so erhebliche Verschiebung der Lohnverhältnisse ein, daß der Angelernte mit einem Male erheblich mehr als der jahrelang beschäftigte Qualitätsarbeiter erhält. Die Folge davon ist, daß sich wieder diese Kategorien melden. Sind diese befriedigt, stehen die Angestellten auf. Dann beginnt der Kreislauf von neuem. Hilfsarbeiter, die, in vielen Fällen ohne Vorkenntnisse, die einfachsten Handleistungen zu machen, Handwagen zu schieben, Klöße zu heben oder irgend etwas anderes, rein mechanisches zu tun haben, erhalten heute Tageslöhne, die dem Einkommen eines Geheimen Regierungsrates nach zwanzig-, dreißigjähriger Tätigkeit gleichkommen, 16 bis 20 Mk. pro Tag.

Aber noch ein anderes. Herr v. Siemens teilte mit, daß in seinen Werken die streikenden Arbeiter allein insgesamt Mehrlöhne von etwa 70 Millionen Mark verlangten, während der Gesamtjahresertrag des Unternehmens nur 13¼ Millionen Mark abwerfe, nachdem die Löhne von 113 Millionen im Frieden bereits auf 208 Millionen Mark im Kriege hinaufgegangen seien. Das ist ein Fall von vielen. Durch diese wilden Einzelstreiks wird nicht nur die Rentabilität, sondern überhaupt die ganze Existenz der Unternehmen in Frage gestellt. Da der Unternehmer, sei es ein einzelner, sei es eine Gesellschaft, sowieso jetzt große Kapitalien flüssig machen muß, um seinen Betrieb auf die Friedensbedürfnisse umzustellen und wieder für den Weltmarkt zu produzieren, da er ferner in den meisten Fällen weit mehr Leute einstellen soll, als er braucht, um die zahllosen Kriegsteilnehmer unterzubringen, da er die Arbeitszeit auf acht, sieben, sechs, fünf Stunden herabsetzen muß, so kommt bei derart exorbitanten Lohnforderungen der Moment, wo er sich sagen muß: Unter diesen Verhältnissen ist es klüger, den Betrieb einzustellen, selbst wenn ich das immobil festgelegte Kapital verliere. Dann läuft wenigstens nicht auch noch das Kapital Gefahr, das ich jetzt neu in den Betrieb stecken muß, um ihn wieder flotter in Gang zu bringen. Die größeren Betriebe werden es vielleicht noch eine Zeitlang aushalten und weiter zu arbeiten versuchen. Den kleineren und mittleren Fabriken geht heute schon der Atem aus. Sie können das Rennen bei dieser rapiden Lohnaufwärtsbewegung nicht mehr mitmachen. Man kann es einem Arbeiter, der einige Stellen beschäftigt, nicht verargen, wenn er seine Wunde schließt. Der Zusammenbruch des gewerblichen Mittelstandes steht unmittelbar bevor, und die Großbetriebe werden nach und nach in diesen Strudel mit hineingezogen werden, wenn es so weiter geht.

Damit ist aber noch nicht alles gesagt. Zunächst werden die immer schneller ansteigenden Löhne eine ebenso rasche Verteuerung der Produktion im Gefolge haben. Das heißt, der Geldwert wird weiter sinken. Unser Kredit im Auslande wird abermals erschütterter werden. Schon heute bekommt man in der Schweiz für eine deutsche Reichsmark nur 46 — in Worten: fünfundsiebzig — Pfennige, und in den übrigen neutralen Ländern ist es nicht anders. Das heißt: Wir müssen für alles, was wir aus dem Auslande an Rohstoffen und Lebensmitteln aller Art einführen, mehr als das Doppelte, bloß infolge der Entwertung unserer Mark, bezahlen, und da unsere eigenen Produktionskosten so sprunghaft gestiegen sind, werden wir auf dem Weltmarkt trotz der Vorteile, die uns bei einer Ausfuhr der schlechte Stand unserer Valuta bietet, nicht wettbewerbsfähig sein, weil dennoch die ausländische Konkurrenz weit billiger arbeitet. Wenn wir also nicht mit Waren dem Auslande bezahlen können, müßten wir Gold entrichten. Das wäre aber nur ein Trost auf den heißen Stein, und wir hätten dann, ohne die Möglichkeit, Rohstoffe und Lebensmittel hereinzubekommen, eine Hungerblockade gegen uns selbst aufgerichtet. Menschen und immer wieder Menschen, Arbeiter und immer wieder Arbeiter müßten wir exportieren, um dem unter diesen Umständen überwältigten Deutschland eine erträgliche Lebensgrundlage zu schaffen. Aber auch damit können wir nur vom Regen in die Traufe. Denn die ungeheure Milliardenkriegslast, die ein Siebzigmillionenvolk

auf sich genommen hat, könnte nicht von einem Fünzigmillionenvolk wieder erarbeitet und abgetragen werden, weil die Arbeitsbasis um so viel geringer geworden wäre. Uns eröffnet sich also die Perspektive, daß wir dem Auslande, wenn wir ihm keine Importe nicht begleichen können, eine Kontrolle und Ausbeutung unserer großen Anlagen wie Eisenbahnen, Bergwerke, Hölle usw. zustehen müssen, um ihm greifbare Gegenwerte für seine Lieferungen in die Hand zu geben. Wir müßten demnach uns selbst dem Auslande als Arbeitsklaven anbieten, um nur leben zu können. Die Frage, wie dann die Arbeiter- und Lohnbedingungen zwangsweise geregelt werden würden, möchte ich hier nicht weiter beantworten.

Aus diesem Streik- und Lohnwirrwarr vermag nur eine Rückkehr zu den alten gewerkschaftlichen Methoden herauszuführen. Eine straffe Organisierung der Lohnforderungen, die von zentralen Stellen mit Rücksicht auf die gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse vorgenommen wird, ist dringend notwendig. Also, zurück zum gewerkschaftlichen System, zu einheitlichen Tarifvereinbarungen. Sonst werden wir unbarmherzig vom Chaos verschlungen.

Gasarbeiterstreik in Potsdam.

Am 24. Dezember legten die Arbeiter des Gaswerks einmütig die Arbeit nieder. Grund dazu gab die reaktionäre Haltung der Stadtverwaltung in der Frage der einmaligen Feuerungszulage. Nachdem die letzte Stadtverordnetenversammlung eine solche für die städtischen Beamten beschlossen hatte, glaubten die Arbeiter, da auch sie eine solche durch ihre Organisation, den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, eingereicht hatten, daß auch ihnen das gleiche zuteil wird. Bestärkt wurden sie darin, weil Herr Stadtrat Urban versprochen, daß diese noch vor dem Fest zur Auszahlung kommen sollte. Statt dessen wollte man die sogenannten Weihnachtsgratifikationen von 1,50 bis 16 Mk. zur Auszahlung bringen. Dies lehnten die Arbeiter rundweg ab. Auch eine eventuelle Erhöhung um einige Pfennige. Die Beamten und Magistratsmitglieder hatten ja zum Feste der „Liebe“ ihre Feuerungszulage in der Tasche. Wie können sich da Arbeiter erdreisten, auf gleiche Behandlung Anspruch zu erheben. Das alte Sprichwort bewahrheitete sich leider auch noch in diesen Tagen: Wenn zwei das selbe tun, so ist es doch nicht dasselbe. Die rücksichtliche und heute noch ebenso arbeiterfeindliche Stadtverwaltung hatte nichts gelernt, aber alles vergessen, was seit dem 9. November 1918 geschehen ist. Der revolutionäre Zug in Deutschland ist aber an der Potsdamer städtischen Arbeiterschaft nicht spurlos vorübergegangen. Einmütig und geschlossen legten sie die Arbeit nieder, nachdem die gewählten Vertrauensleute im Verein mit den Arbeiterräten mit der Direktion und dem Stadtrat Urban fortwährend ergebnislos verhandelt hatten. Die Organisation stand vor vollendeten Tatsachen. Es gelang dem Gauleiter, Kollegen Strunk, eine Einigung zu erzielen und folgende Vereinbarung mit der Gaswerkdirektion zu treffen:

Am 27. Dezember, nachmittags, fanden Verhandlungen mit dem Magistrat durch die gewählten Obleute der Betriebe, zwei Arbeiterräten und dem Vertreter der Organisation statt. Gegenstand der Beratung war der eingereichte Tarif und die ebenfalls darin vorgesehene einmalige Feuerungszulage. Es soll jedem Arbeiter sofort ein Vorschuß von 200 Mk. auf die einmalige Feuerungszulage ausgezahlt werden. Die Arbeiter nehmen die Arbeit sofort auf, um die für Potsdam zu erwartende schwere Gefahr, besonders für die ärmere Bevölkerung, zu beseitigen, erwarten aber von der Stadtverwaltung, daß sie alles tut, um künftige Konflikte nach dieser Richtung hin zu vermeiden. Maßregelungen oder Benachteiligungen einzelner Arbeiter dürfen nicht stattfinden. Ein Lohnabzug für den 24. Dezember darf nicht gemacht werden.

An dem Magistrat liegt es nun, die schwere weitere Gefahr zu bannen. Dies kann er nur tun, wenn auch er die berechtigten Forderungen der gesamten städtischen Arbeiterschaft anerkennt. Die jetzigen Lohn- und Arbeitsbedingungen entsprechen der streng konservativen Auffassung von Fetten und Knochen, die von keinem sozialen Empfinden angekränkt sind. Die Stadtverwaltung ist durch den Vorang vom 24. Dezember gewarnt. Sie hat es in der Hand, durch umgehenden Abschluß eines Tarifvertrages und Gewährung einer einmaligen Feuerungszulage das Wirtschaftsleben vor weiteren Erschütterungen zu bewahren. Ganz besonders in der Jetztzeit, wo das Zusammenarbeiten aller wirtschaftlichen Faktoren, um den Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft in der Hebertage zu verhindern, im höchsten Interesse liegt.

In der Verhandlung am 27. Dezember über die strittigen Fragen stellte sich heraus, daß insbesondere der Magistrat auf dem Standpunkt steht, daß einmalige Feuerungszulagen

für die Arbeiter überhaupt nicht in Frage kommen, weil dies infolge der Konjunkturlagen ausgeglichen sei. Dieser Standpunkt sei, zint nun überwinden zu sein. Es wird durch Zusammenstellung des Materials, wie und in welcher Weise die einmaligen Teuerungszulagen an die Arbeiter gezahlt werden, abhängen, ob nicht auch die am 10. Januar 1919 stattfindende Stadtverordnetenversammlung diese Zulage an die Potsdamer städtischen Arbeiter beschließen wird. Einstimmigkeit herrscht darüber, daß an Stelle der bisherigen Stundenlöhne Wochenlöhne eingeführt werden sollen. Es werden sich ja auch bald weitere Verhandlungen über den Abschluß eines Tarifvertrages notwendig machen. Je eher der Magistrat alle Fragen klärt, um so eher wird er auch Ruhe und Frieden in seinen Betrieben haben.

p. k.

• Aus den Stadtparlamenten •

Dresden. Der Gesamtrat beschloß in seiner Sitzung vom 10. Dezember 1918: Die Grundzüge für die Gewährung einer einmaligen Teuerungszulage an die Beamten anzunehmen. Weiter, den Ratsmitgliedern und Beamten im Ruhestande, Ruhestandsunterstützungen, und Ruhe- sowie Unterstützungsempfängern und Hinterbliebenen von Ratsmitgliedern, Beamten, Bediensteten, Angestellten und Arbeitern unter ähnlichen Voraussetzungen wie bei den im Dienst Stehenden eine außerordentliche einmalige Kriegsbeihilfe zu bewilligen, die 75 Proz. der Summe beträgt, welche an einmaliger Kriegsteuerzulage unter Zugrundelegung der von den Beamten usw. zuletzt bezogenen Gehaltsbezüge aufleben würde, wenn der Beamte usw. im Dienst wäre. Vollwaisen bis zu 18 Jahren erhalten die ihnen zuzehörenden einmaligen Kriegsbeihilfen von 75 Hundertteilen der für das Kind des entsprechenden aktiven Beamten usw. zustehenden einmaligen Kriegsteuerzulage. Endlich, städtischen Arbeitern und Arbeiterinnen sofort eine einmalige Kriegsteuerzulage nach Staffel zu bewilligen, wie wir sie in Nr. 41 der „Gewerkschaft“ veröffentlicht haben. Der für die gesamten Teuerungszulagen erforderliche Aufwand an rund 6 Millionen Mark wird zu Lasten des Haushaltsplanes für 1918 bewilligt, unter Verteilung auf die einzelnen Unternehmungen der Stadt.

• Cheaterarbeiter •

Darmstadt. Im Hessischen Landestheater, in dem wir während des Krieges Fuß faßten, macht sich eine immer größere Mährigkeit auszunutzen unseres Verbandes bemerkbar. Es ist den Kollegen gelungen, in einem Jahre die Mitgliederziffer um das Fünffache zu steigern. In einer aufbelebten Versammlung am 10. Dezember nahmen die Kollegen zu Lohnfragen Stellung. Die Versammlung sprach sich im Sinne des Referenten Kollegen Weder (Mannheim) aus, um weitere Erfolge zu erzielen.

• Aus unserer Bewegung •

Danzig. In vier gut besuchten Betriebsversammlungen nahm die städtische Arbeiterschaft Stellung zu der durch die neuen Verhältnisse bedingten Durchführung der achtstündigen Arbeitszeit und ihren Lohnforderungen. In allen Versammlungen wurde die rascheste Durchführung der verkürzten Arbeitszeit verlangt, ferner Stundenlöhne: a) für Handwerker aller Berufs sowie für Dienstreiber, Schläfer, Kesselheizer, Vorarbeiter, Mohrleger, Ammoniaklocher, Rottenführer, Maschinenisten usw. 1,80 Mk.; b) für Last-, Kran- und Fahrstuhlführer 1,70 Mk.; c) für angeleitete Arbeiter 1,60 Mk.; d) für ungeleitete Arbeiter 1,50 Mk.; e) für Jugendliche und Arbeiterinnen 1,20 Mk. Außerdem soll die Sonn- und Feiertagsarbeit mit 50 Proz. Zuschlag entlohnt werden. Die Außenarbeiter sollen Fahrgeldentschädigung erhalten und allen in Betracht kommenden Arbeitern soll zur Beschaffung von Wäsche, Schuhschleibern und Schuhzeug eine Teuerungszulage in gleicher Höhe wie den Angestellten gewährt werden. Die früher gewährten Kinderzulagen sollen bestehen bleiben. Noch ehe diese Forderung der Stadtverwaltung überreicht war, wurde am 13. Dezember in der Gasanstalt II der Achtstundentag plötzlich eingeführt, dagegen blieben die anderen städtischen Betriebe darunter sogar die der gleichen Direktion unterstehende Gasanstalt I ausgeschlossen. Daß dies auf die übergangenen Arbeiter aufweisend wirken mußte, war klar. Unsere Verhandlung machte auch die Stadtverwaltung sofort auf die Folgen dieser einseitigen Maßnahmen aufmerksam und verlangte die umgehende Einführung der verkürzten Arbeitszeit in allen städtischen Betrieben. Darauf folgten am 16. Dezember Gasanstalt I und am 17. Dezember das Elektrizitätswerk. Besonders in letzterem Betriebe war die Erregung unter den Arbeitern groß. Einmal wünschten

die Kollegen dort eine rasche Erledigung der Lohnforderungen, denn die Arbeiter Danzigs sind nicht willens, die früher übliche Verschleppungstaktik weiter mit in Kauf zu nehmen; dann aber erfolgte im Elektrizitätswerk, entgegen dem Wunsche der weitläufig überwiegenden Mehrzahl der Arbeiter nach durchgehender Arbeitszeit, die geteilte Arbeitszeit mit 1½ stündiger Mittagspause. Vorerst gelang es, das Schlimmste zu verhüten. In einer Aussprache, die unser Verbandsvertreter und die Kollegen Grgenzki und Kaminski mit dem Stadtrat Munge am 18. Dezember hatten, erklärte letzterer, daß die endgültige Festlegung der Arbeitszeit nach Vereinbarungen mit den Vertretern der Arbeiterschaft erfolgen solle. Dabei sollen die Wünsche der Arbeiter in weitestgehender Weise berücksichtigt werden. Auch die von uns verlangten mündlichen Verhandlungen bezüglich der Lohnforderungen würden baldmöglichst stattfinden, sobald die notwendigen rechnerischen Unterlagen fertiggestellt seien. Sollten wir im Interesse beider Teile, daß dies raschstens geschieht. Am 18. fand dann eine allgemeine Versammlung aller dienstfreien städtischen Arbeiter und Angestellten statt, in der Kollege Muppert, Berlin, einen Überblick über die gesamten Forderungen der Arbeiter gab. Redner verließ die seither üblichen Löhne der städtischen Arbeiter gegenüber den verlangten Löhnen. Handwerker erhalten jetzt 70 bis 78 Pf., Angelernte 72 bis 77 Pf., Angelernte 50 bis 55 Pf., Arbeiterinnen und Jugendliche 40 Pf. pro Stunde. Daraus kommt eine Minderzulage von 15 Mk. monatlich. Es ist unbegreiflich, wie die städtischen Arbeiter bei diesen Löhnen ihr Leben fristen konnten. Bei den hohen Preisen, die in Danzig für alle Lebensmittel und Bedarfsartikel bezahlt werden, mußte sich die wirtschaftliche Lage der städtischen Arbeiter während des Krieges immer mehr verschlechtern. Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, gewinnen die neuen Lohnforderungen erheblich an Berechtigung, um so mehr, als die Preise immer noch steigen. Also rasche Hilfe tut hier dringend not. Die Versammlung nahm hierauf einstimmig nachfolgende Entschließung an: „Die am 18. Dezember d. J. von städtischen Arbeitern und Angestellten abgehaltene Versammlung hat Kenntnis genommen von der Einreichung ihrer Lohnforderungen an die Stadtverwaltung. Sie erklärt ihr Einverständnis mit den Forderungen und verlangt Nachzahlung ab 1. Dezember 1918. Die durch den Krieg verursachte solche wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft duldet keinen langen Aufschub der Forderungen. In der Erkenntnis, daß nur eine starke, einheitsliche Organisation die baldige Befriedigung der Forderungen der Arbeiter und Angestellten zu fördern vermag, sind die Versammelten willens, alles zur Stärkung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter beizutragen. Zur mündlichen Verhandlung mit der Stadtverwaltung wird außer dem Vertreter dieser Organisation je ein Vertreter der Arbeiterschaft aus jedem Betriebe bestimmt. Als geeignete Vertreter hierzu erkennen die Versammelten die für den Betriebsarbeiterrat gewählten Kollegen an. Weiter verlangt die Versammlung, daß die den städtischen Arbeitern seinerzeit gewährte einmalige Teuerungszulage an alle diejenigen städtischen Arbeiter und Angestellten, die bei der Auszahlung derselben im Seereserveorte standen nachträglich zur Hälfte nachgezahlt wird, soweit deren Familien dieselbe noch nicht erhalten haben. Vorstehende Entschließung der Versammlung ist der Stadtverwaltung umgehend zur Kenntnis zu bringen.“ — Mögen die städtischen Arbeiter Danzigs sich nun einmütig hinter ihre Vertrauensleute stellen und sich nicht von unverantwortlichen Querschnittlern zu Unbesonnenheiten hinreißen lassen. Nur die zielbewusste Geschlossenheit verhilft den Erfolge.

Darmstadt. 400 städtische Arbeiter protestierten am 15. Dezember in einer Versammlung gegen die Abschaffung der ungeteilten Arbeitszeit von der Stadtverordnetenversammlung. Wir berichteten darüber in einem Artikel in Nr. 50 der „G.“ Der Vorsitzende Rösch begrüßte zunächst die heimgekehrten Frontkämpfer. Dann referierte Gauleiter Weder, Mannheim. Ausgehend von der Revolution kam er kurz auf die Bedeutung der kommenden Nationalversammlung zu sprechen, um dann auf den Achtstundentag und unsere Forderungen hierzu überzugehen. Unsere Parole sei die, 8 Stunden Arbeit, 8 Stunden Erholung, 8 Stunden Ruhe. Diese kann man aber nur bei einer ungeteilten Arbeitszeit erlangen, und er kann heute noch nicht begreifen, wie Stadtverordneter Delp und andere in dieser denkwürdigen Sitzung ihre eigene Anschauung hier der Arbeiterschaft unterstehen. Die Arbeiterschaft, und das mußte deutlich gesagt werden, wünscht keinen Achtstundentag, der die Ausdehnung erhält, daß sie doch bis in den Abend hinein in dem Betrieb stecken bleiben. Dies ist nur der Wunsch der Betriebsleiter, die glauben, die Arbeiter nicht entbehren zu können. Verkäuflicher, anhaltender Weisfall folgte diesen Worten. Danach flüchtete Redner auch kurz die nächsten Forderungen, die Regelung der Löhne, des Urlaubs und der Hinterbliebenenversorgung. Diese sollen später in Form eines Tarifs eingereicht, aber vorher der Arbeiterschaft in einer öffentlichen Versammlung vorgelegt werden. Daraus sei nötig, daß die städtischen Arbeiter sich rückhaltlos hinter die Forderungen stellen, und daß sie auch gewillt sind, mit allen Mitteln diese durchzusetzen. Lebhafter Applaus zeigte das Einverständnis der Teilnehmer. In der sich anschließenden Aussprache, an der 15 Arbeiter aus allen Betrieben teilnahmen, zeigte deren Zustimmung zu den Aus-

führungen des Referenten. Ein Vertreter der „Geag“ teilte mit, daß in der Werkstätte unter den Arbeitern volle Zufriedenheit mit der durchgehenden Arbeitszeit herrsche, und er wünsche, daß diese für die städtischen Arbeiter ebenfalls komme, da sie bedeutenden Nutzen bringt. Einstimmig wurde der Beschluß angenommen, die ungeteilte Arbeitszeit nochmals zu verlangen. Weiter wird das Verlangen ausgesprochen, bis spätestens Freitag, den 20. Dezember, mit der Bürgermeisterei in Fühlung zu treten. An dieser Verhandlung sollen sämtliche Arbeiterratsmitglieder, der Vorstand und der Gewerkschaftsteilnehmer teilnehmen. Vorübergehend bittet die genannte Körperschaft, sich bereitzuhalten und gibt bekannt, dies Verlangen sofort dem Oberbürgermeister zu unterbreiten, und schließt hierauf die Versammlung. Eine Anzahl Neuaufnahmen für den Verband wurden gemacht.

Dessau. Nach längerer Kriegspause fand gestern zum erstenmal wieder eine gute Besuche Versammlung statt. Kollege Wachtendorf-Wandenburg hielt einen Vortrag über „Die Gewerkschaften im neuen Deutschland.“ Darauf erstattete Kollege Windberg den Marktbericht. — Die Neuwahl des Vorstandes ergab: Kollege Schmidt erster, Kollege Breitel zweiter Vorsitzender. In der Versammlung wurden 20 Kollegen neu aufgenommen. Nach einem Appell an alle Kollegen, nicht eher zu ruhen, bis alle städtischen Arbeiter unserem Verband angehören, wurde die Versammlung geschlossen.

Dresden. Am 18. Dezember nahm eine überfüllte Versammlung der städtischen Arbeiter Stellung zu den durch die Revolution geschaffenen neuen Verhältnissen für die Gemeindegewerkschaften. Reichler besprach die neuen Verhältnisse in den Gemeindegewerkschaften und ging dann auf die neu geschaffene Lage der Dresdener städtischen Arbeiter besonders ein. Aus dem beifällig aufgenommenen Referat fand eine ausgiebige Aussprache statt. In derselben kam der Wunsch der Versammelten über die ungleiche Gewährung der Feuerungszulage zum Ausdruck. Verheiratete Arbeiter erhalten weniger an einmaliger Feuerungszulage als ein Eheunverheirateter, das ohne Anhang, nur für sich selbst zu sorgen habe. Vornehmlich protestierten die aus dem Heere entlassenen städtischen Arbeiter dagegen, daß sie bzw. ihre Familien nur die Hälfte der einmaligen Feuerungszulage vom 1. Oktober 1918, und zwar erst nach neuerlichem Beschluß des Rates erhalten sollen, während die zum Heere eingezogenen Beamten bzw. deren Familien die volle, ungleich höhere Feuerungszulage für die Beamten vom 1. Oktober 1918 erhalten haben. Ein Antrag, die vom Rate am 10. Dezember 1918 beschlossene Feuerungszulage an alle städtischen Arbeiter, die zur Zeit der Ausschaltung der Feuerungszulage in städtischer Beschäftigung stehen, zu gewähren, fand einstimmige Annahme. Zum Schluß forderte der Vorsitzende, Kollege Kauthe, die noch nicht in unserem Verbandsorganisierten Versammlungsteilnehmer auf, sich der Organisation anzuschließen. Zahlreiche Aufnahmen wurden gemacht. Folgende Entschlüsse sind einstimmig angenommen: Die im großen Saale des Volkshauses hier versammelten Handwerker, Arbeiter und Arbeiterinnen der städtischen Betriebe Dresdens begrüßen aufs freudigste die Erzwungenheiten der siegreichen Revolution. Sie erklären mit allen Mitteln für Erhaltung und Ausbau derselben einzutreten zu wollen. Von der Stadtverwaltung als Arbeitgeberin erwarten sie, daß dieselbe als bald den Vereinbarungen der großen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände vom 13. November 1918 in vollem Umfange beiträgt. Darüber hinaus wünscht die Versammlung die Umänderung der Allgemeinen Arbeitsordnung für die Stadt Dresden in neuem Sinn, Fortführung und weiteren Ausbau der für die städtische Arbeiterklasse bestehenden Arbeiterwohlfahrts-Einrichtungen und, für die Zeit der Arbeitslosigkeit, Arbeitsbeschaffung für alle gegenwärtig in städtischen Betrieben Beschäftigten. Die Versammelten erklären, die eventuell abzuschließenden Vereinbarungen zwischen Stadtgemeinde und gewerkschaftlicher Organisation zu beachten und streng innezuhalten. Sie erheben in der gewerkschaftlichen Organisation das alleinige Mittel, ihre materielle Lage zu verbessern, und geloben, durch Beitritt zu derselben sie in den Stand zu setzen, mit allem Nachdruck die berechtigten Forderungen der städtischen Arbeiterklasse zu vertreten. Sie verpflichten sich, für die weitestgehende Ausbreitung derselben Sorge zu tragen.

Hannau. Auf Einladung einiger Kollegen wurde nach einem Vortrag des Gewerkschaftsleiters Henze in Dresden in den letzten Tagen im November eine Filiale gegründet. Ihr traten 50 Mitglieder bei. Zum Vorsitzenden wurde Kollege Hubat, als Kassierer Kollege Kollendo, als Schriftführer Kollege Franke und als Mitglieder der Kollegen Donig und Kaschel gewählt. In Vertrauensmännern der einzelnen Betriebe wurden folgende Kollegen gewählt: Frank, Wolf, Krumm, Donig, Wendrich, Gabel und Wastella. Nun ist die Filiale bereits auf 370 Mitglieder angewachsen und der Vorstand ist weiter bemüht, die Organisation, die die stärkste am Orte geworden ist, auf der Höhe zu erhalten. Es stehen noch so viele Kollegen und Kolleginnen abwartend an. In nächster Zeit findet eine Agitationsversammlung statt, die auch wohl wieder Erfolg bringen kann. Also vorwärts, immer raffen in der Werbung neuer Streiter und Kampfgenossen beiderlei Geschlechts!

Gera-Meiß. Auch in unserer Filiale hat mit Abschluß des Krieges, mit der Rückkehr der Kollegen vom Wehrdienst und der damit verbundenen Bewegung eine stürmische Tätigkeit im Verbande eingesetzt. In einer am 20. Dezember abgehaltenen Versammlung sprach Kollege Geppert über „Gegenwartige Aufgaben des Verbandes“. In seinen Ausführungen streifte Medner die vergangenen schwereren Zeiten, glaube annehmen zu müssen, daß die Arbeiterklasse nach schwererer Lage durcheinander hat, wenn nicht alle Kraft aufgewendet wird, Ruhe und Besonnenheit zu bewahren und alle Arbeiter und Arbeiterinnen in einer einheitlichen, starken Organisation zu vereinen, um so etwaigen realistischen Strömungen entgegenzutreten. Medner wies nach, daß wenn alle städtischen Arbeiter rechtzeitig die Erkenntnis gefunden hätten, sich zu organisieren, die Arbeits- und Lohnverhältnisse schon längst erheblich bessere sein würden. Den Nichtorganisierten rief er scharfe Worte und meinte, daß diese mit ihrer erbärmlichen Armut und Verelendung die größte Schuld tragen, wenn die Organisation in der Entwicklung gehemmt und die Erzwungenheiten teilweise wieder illusorisch gemacht sind. Reicher Beifall wurde dem Redner für seine trefflichen Ausführungen gezollt. Eine Resolution, die der Stadtverwaltung unterbreitet werden soll und verlangt, daß allen Arbeitern die Wochenferientage wieder bezahlt werden, wurde einstimmig angenommen. Ein Antrag, zur besseren Werkfähigkeit eine Agitationskommission zu bilden, fand Annahme. Es wurde aus jedem Depot je ein Kollege hierzu gewählt. Durch den Zuwachs an Mitgliedern machte es sich notwendig, noch einen Unterkassierer zu bestellen. Es meldete sich hierzu ein Kollege, der aus dem Felde heimgekommen ist und vor dem Kriege bereits für den Verband tätig war. (Praxis.) Eine Anzahl neuer Mitglieder wurden in der Versammlung dem Verbandszugegeführt.

Hannau. Am 9. Dezember fand eine öffentliche Versammlung aller städtischen Arbeiter statt. Kollege Wegner wies auf die heutige Lage hin und forderte alle Kollegen auf, sich dem Verbande anzuschließen, um Lohnhöhungen zu erzielen. Alle Anwesenden traten dem Verbandszuge. Hier in Hannau haben wir vier Lohnklassen. Die Grundlöhne betragen: 1. Klasse 5,80 Mk., 2. Klasse 5,30 Mk., 3. Klasse 4,80 Mk., 4. Klasse 4,30 Mk. Dazu kommen 70 Prozent Zulage, so daß das Einkommen der städtischen Arbeiter jetzt in der 1. Klasse 8,30 Mk., 2. Klasse 7,80 Mk., 3. Klasse 7,20 Mk., 4. Klasse 6,80 Mk. beträgt. Die Versammlung beschloß zu beantragen, nur drei Lohnklassen bestehen zu lassen und folgende Löhne festzusetzen: 1. Klasse 15 Mk., 2. Klasse 12,50 Mk., 3. Klasse 11,50 Mk.; alle Jahr steigend um 40 Pf. pro Tag sowie einen Monatszuschuß von 10 Mk. monatlich. Die Art der Durchführung des Achtstundentages fand nicht den Beifall der Versammlung. Die Stadtverwaltung hat den zwölfstündigen Schichtwechsel vorgesehen, wobei alle drei Wochen 48 Stunden frei sind. Die Kollegen verlangen den achtstündigen Schichtwechsel. Mit der Stadtverwaltung soll darüber weiter verhandelt werden. — Unter „Beschwerden“ wurde beklagt, daß die Arbeiter den jungen Beamten in der Urlaubsgewährung nachstehen. Diese erhalten nach halbjähriger Tätigkeit bereits 14 Tage Urlaub. Die Arbeiter verlangen nach einjähriger Tätigkeit mindestens die gleiche Urlaubszeit. Auch wurde beklagt, die Anstellung für alle bei der Stadt länger als ein Jahr beschäftigten Arbeiter zu beantragen, damit diese ihre Ständigkeit erhalten. Um aber alle diese Forderungen durchzuführen, ist es notwendig, daß sich alle städtischen Arbeiter dem Verband anschließen. Darum Kollegen: Auf zur Agitation! Arbeitet jeder nach besten Kräften!

Halle. Die Mitgliederversammlung vom 23. November ließ erkennen, daß auch die städtischen Arbeiter von Halle durch die neuen Ereignisse aufgeweckt wurden und regeren Anteil an dem Verbande nehmen wollten. Es hatten sich eine größere Anzahl Mitglieder eingefunden, auch einige aus dem Wehrdienst entlassene Kollegen waren anwesend. Kollege Timmer erstattete Bericht über die Verhandlungen wegen der achtstündigen Arbeitszeit. Die in Frage kommenden Instanzen sind mit einer einzigen Ausnahme für die neu zu regelnde Arbeitszeit und entsprechenden Lohnausgleich und tritt die verkürzte Arbeitszeit am nächsten Montag in Kraft. Anschließend an den Bericht weist Kollege Geppert darauf hin, daß es nur an der Laune der städtischen Arbeiter liege, wenn die Erzwungenheiten, die jetzt den Arbeitern zugebilligt wurden, nicht schon lange Jahre hindurch bestanden. Jetzt ist die Zeit gekommen, wo es keine unorganisierten Arbeiter und Arbeiterinnen mehr geben darf, der neue Zeitgeist muß alle Proletarier in einheitlichen starken Organisationen zusammenfassen. Die Ausführungen fanden lebhaften Beifall. Es wird die Werkfähigkeit durch Einberufung von Betriebsversammlungen sofort eingeleitet. Mehrere Aufnahmen sind bereits vollzogen, es steht zu erwarten, daß endlich auch in Halle ein besseres Verbandsleben Platz greift. Den Stellenbericht vom 3. Quartal erstattet Frau Müller. Die Einnahme der Lokalfasse beträgt mit Kassenbestand von 205,84 Mk. vom 2. Quartal 609,84 Mk. Die Ausgaben 298,70 Mk., bleibt ein Kassenbestand von 212,14 Mk. Für die Hauptkasse sind eingenommen 722,60 Mk., ausgegeben wurden für Steuerentlastung 30 Mk., für Krankenunterstützung 294,75 Mk., an die Hauptkasse sind eingekandt 37,45 Mk. Kollege Kauthe gibt als Vertreter der

Krankenkasse Bericht von der Ausschufßung. Infolge der starken Belastung durch Wassenerkrankungen schließt die Kasse ungünstig ab, es müßten in dieser Hinsicht Sabungsänderungen vorgenommen werden. Mit nochmaliger Aufforderung, recht regen für den Verband zu agitieren, schließt der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

Jena. In einer stark besuchten Mitgliederversammlung am 21. Dezember referierte Kollege Geyper über: „Die Aufgaben des Verbandes“. An der Diskussion über das Referat beteiligten sich insbesondere die aus dem Felde heimgekehrten Kollegen recht regen. Verschiedene Unregelmäßigkeiten in den Lohn- und Arbeitsbedingungen wurden zur Sprache gebracht und soll Abhilfe verlangt werden. Eine im Sinne der Aussprache gehaltene Resolution, die einstimmige Annahme fand, soll der Gemeindeverwaltung zur sofortigen Erledigung überwiesen werden. Das Resultat der Versammlung war Aufnahme einer Anzahl neuer Mitglieder. Im Schlußwort erwähnte Kollege Geyper die Anwesenden, alles daran zu setzen, die Organisation auszubauen und dafür zu sorgen, daß alle städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen dem Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter zugeführt werden.

Königsberg. In der am 20. Dezember abgehaltenen öffentlichen Versammlung sämtlicher in städtischen Betrieben beschäftigten Personen hielt Kollege Stamer einen Vortrag über: „Die Gewerkschaften im neuen Deutschland.“ Ueber die Lohnfrage gab Kollege Schwarz Bericht von der Lohnkommission, wonach den Arbeitern zu der jetzt laufenden Teuerungszulage von 100 Mk. zu dem bisherigen Grundlohn eine zweite einmalige Teuerungszulage bis zur Höhe von 500 Mk. je nach Kinderzahl, noch vor Weihnachten zur Auszahlung gelangen soll. Hierzu lag noch ein Antrag der Kriegsteilnehmer vor auf Zahlung der im September gewährten einmaligen Teuerungszulage bis zu 500 Mk. auch an alle Kriegsteilnehmer, soweit sie vor dem Kriege ständige Arbeiter waren. Der Magistrat hat das abgelehnt. Dagegen protestierten aber die Arbeiter und die Kriegsteilnehmer im besonderen. Nach einer längeren Diskussion über Erhöhung der Grundlöhne und der jetzt laufenden Teuerungszulage von monatlich 100 auf 150 Mk. durch die Kollegen Quif, Sonnabend und Zimmermann ging Stadtrat Ausländer auf die Forderungen der Arbeiter ein und glaubte, daß die jetzt gezahlten Löhne mit Teuerungszulagen und Entschädigungsstücken, von denen jetzt die zweite gezahlt wird, den Verhältnissen entsprechend seien. Außerdem soll den Renten- und Ruheheimempfängern 50 Proz. dieser einmaligen Teuerungszulage gezahlt werden. Er erwähnte die Arbeiter, das Vertrauen zum Magistrat und den von der Arbeiterschaft gewählten Vertretern nicht herabzusetzen zu lassen. Der Magistrat sei mit dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband in Verbindung getreten, um einen Tarifvertrag abzuschließen. Sodann wurden zwei Anträge der Krankenkasse einstimmig auf Zahlung der einmaligen Teuerungszulage an des Riese- und Riechperional und der unständigen Arbeiter (Heizer und Maschinenisten) eingebracht, die einstimmig angenommen wurden. Nach dem Schlußwort des Kollegen Stamer, der zur gemauerten Mitarbeit aufforderte, schloß Kollege Schwarz die stark besuchte Versammlung mit einem Hoch auf den Verband.

Gau Leiszig. Trotz langer intensiver Werberarbeit in Gau war während der Kriegsjahre in den größeren Städten, insbesondere Halle und Erfurt, kein Erfolg zu verzeichnen. Die angesehenen Versammlungen waren im allgemeinen unbesucht. Die öffentliche Unzufriedenheit über das Fortbestehen der Gewerkschaftsorganisation gab so manchem stadtmännlichen Arbeiter Gelegenheit zu der Ansicht, mit dem Beitritt zur Organisation noch zu warten bis nach dem Kriege. Nunmehr hat die Revolutionszeit den Bahn gebrochen und die städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen aus der Gleichgültigkeit aufgerüttelt. Fast gleichzeitig wurden in den Filialen Versammlungen und Betriebsbesprechungen geplant. Die Funktionäre des Verbandes waren außerstande, allen Wünschen der Filialleitungen gerecht zu werden. Der Antrag zu den angesehensten Versammlungen war ein derartiger, daß sich die bestimmten Lokale (Halle, Erfurt) als zu klein erwiesen. Die erschienenen Arbeiter und Arbeiterinnen bekräftigten die sachlichen Ausführungen der Referenten mit Beifall. Das Resultat war, daß sich jung und alt, Männer und Frauen dem Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter anschlossen, auch eine Anzahl Lebertritte kamen zur Anmeldung. Unter dem Druck der Verhältnisse haben sich die Gemeindebehörden zur Anerkennung der Organisation ihrer Arbeiter entschließen müssen. So hat bereits der Rat der Stadt Klauen mit der Vertretung des Verbandes über die Neuregelung der Arbeits- und Wohnbedingungen verhandelt. Dabei wurden allen städtischen Arbeitern die neuen Bedingungen als Weihnachtsgabe garantiert. Es muß jedoch gesagt werden, daß, wenn die städtischen Arbeiter allerorts das Interesse am Verbandesleben in der Weise z. B. wie in Planen-Eisenach gepflegt hätten, die programmatischen Forderungen des Verbandes nicht erst durch die Revolutionsbewegung, sondern weit früher zur Erfüllung bringen konnten. Leider fanden sich eine überwiegende Anzahl von Stadtproleten mit ihrem äußerlich bescheiden Einkommen aus dem vermeintlichen Anreiz der Einkünfte nicht heraus. Allzuviel Fälle haben sich ergeben, wo organisierte Arbeiter von den eigenen Arbeitskollegen infolge ihrer Verbands-

tätigkeit bei den Vorgesetzten verunglimpft wurden, unbeachtet der eigenen Schädigungen, die sich derartige Schieber zuschieben. Immerhin hat die unermüdete Mitarbeit der Filialvorstände und der Anleitung die Wege gebreitet, den günstigen Aufschwung sicherzustellen. Es steht mit Bestimmtheit zu erwarten, daß die jetzt noch schwachen Filialen (Langensalza-Mühlhausen u. a.) zeigen, daß auch sie an dem Aufschwung des Verbandes regen Anteil nehmen wollen. Die nächste Monatsberichte werden den Beweis erbringen, daß der ausgetreute Samen zur Befruchtung der Arbeiterbewegung auf guten Boden gefallen ist, daß dadurch die städtischen Arbeiter zu der Erkenntnis gelangten, in der Organisation eine Stütze zu haben, die ein glückliches Leben verbürgt.

Rehdenborn. Dem Zuge der Zeit folgend, traten hier am 2. Dezember die städtischen Arbeiter zusammen, um Stellung zu nehmen zur Frage ihrer wirtschaftlichen Interessenvertretung im neuen Deutschland. Kollege Schmidt (Berlin) sprach über: „Die wirtschaftliche Lage der städtischen Arbeiter in der neuen Zeit.“ Im Anschluß an den Vortrag traten fast sämtliche Anwesenden dem Verbands bei und konnte darauf zur Gründung der Filiale geschritten werden. Nunmehr wurde beschlossen, sofort energische Maßnahmen zu ergreifen, um die in Rehdenborn zurückgebliebenen Löhne der städtischen Arbeiter aufzubessern. Bei den hierauf mit der Gemeindeverwaltung gepflogenen Verhandlungen wurde dann auch eine wesentliche Aufbesserung, zahlbar ab 1. Januar 1910, zugesagt, die jedoch erst durch Gemeindevorstandesbeschluss sanktioniert werden müsse. Da ein solcher aber bisher nicht gefaßt war, nahmen die Kollegen nochmals in einer zahlreich besuchten Mitgliederversammlung am 18. Dezember Stellung zu dieser Frage. An die Gemeindeverwaltung wurde ein Schreiben gerichtet, mit der Aufforderung, die Erledigung der Eingabe betreffend unsere Lohnregulierung so zu beschleunigen, daß die neuen Löhne, dem „Preisprechen gemäß“ auch wirklich am 1. 1. 10 zur Auszahlung gelangen. In dieser Versammlung konnte die junge Filiale bereits rund 200 Mitglieder mustern; ein Zeichen, daß es den Kollegen Ernst ist, ihrer durchaus gerechten Forderung genügenden Nachdruck zu verleihen.

Rundschau

1919.

Das alte Jahr ging zu Ende und das neue beginnt. Ein fester Punkt ist die mitternächtliche Stunde, die diesen Wechsel bringt, im ewigen Wandel der Zeiten. Vor Jahren kannten wir genau den Tag, genau die Stunde, so wie die Zeit des Jahreswechsels wissen, der in Jahren, in Jahrzehnten sein wird.

Es ist die genaue astronomisch-mathematische Berechnung, die diesen Bestimmungen zugrunde liegt, jene mathematische Berechnung, die auch all den Welten im unendlichen All festlegt Weg und Zeit, die das Wiedererscheinen der Kometen vorausagt und gar das Eintreffen nie gekannter Weltkörper in genialer Weise für einen ganz bestimmten Zeitpunkt vorausbestimmt.

Weit hinaus vermag der Mensch zu schauen den Weg der Welten des Alls, doch auf seinem kleinen Erdenkörper konnte er, als das junge 1914 graute, nicht ahnen das drohende Weltgemisch, wußte er an den Werden 15, 16 und 17 nicht, daß es noch über das Jahr hinaus seinen Fortgang nehmen würde. Er wußte es ebensowenig, wie er früher die Arbeitslosigkeit voraussehen konnte und dem Hunger, die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit.

Und woher dieser Gegenlag? — Weil nach ewigen, ehernen großen Gesetzen sich dort des Daseins Kreise vollenden, während das menschliche Zusammensein ohne Ziel ist und ohne Plan. Durch das blinde eigennützte Schalten des privaten Wirtschaftskapitals ist das Leben dem Zufall überlassen, der Willkür, dem Spiele. Das privatkapitalistische Wirtschaftsleben kann steigen und fallen, es kann sich glatt abwickeln und zu internationalen Reibungen führen.

Soll sich das Leben in einer allgemeinen überschaubaren Richtung vollziehen, so müssen die tausendfältigen Interessen von heute auf ein Interesse zusammengedrängt werden, daß die Produktionsmittel zum Gesellschaftseigentum werden. Nur wenn der freie Volkstaat die Produktion in Händen hat, ist möglich ein einheitlicher großer Plan, dessen Rückgrat die Stetigkeit, Gleichmäßigkeit und Sicherheit ist.

Nach ist die Einheitswirtschaft nicht vorhanden und dunkler als je zuvor erdicht das Jahr vor uns, da sich unser Leben an jenem Abgrunde abspielt, an den es die vergangene Gewalttätigkeit gebracht hat. Und doch leuchtet uns ein Hoffnungstern aus dunkler Zukunftsnacht, wie er uns noch niemals froher mit silbernem Schein entgegenlachte. In des Volkes Hand ist es nun gelegt, aus der zerstückelten planetarischen Wirtschaft von heute werden zu lassen eine neue einheitliche Arbeitswelt.

Nur noch zwei Wochen und das Volk hat die Macht, eine Vertretung zu wählen, die durch planmäßige Neugestaltung der Wirtschaftsordnung Licht ergießt über der Zukunft Dunkel, die dem arbeitenden Volke einen sicheren Weg des Lebens baut mit festen wohlthätigen Säulern, in denen die sorglose Ruhe Jahes ist und ihr Bruder, das zufriedene Glück.

Und darum grüßen wir dich, du junges Jahr. Noch keinem Jahre galt so frohes Hoffen und so tiefes Sehnen. Sei uns willkommen, 1919!

Aufruf an die Arbeitslosen. Die Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmerverbände wendet sich mit folgendem Aufruf an das wehrfähige Volk Deutschlands. Was kann uns retten? Uns allen droht der Untergang! Unzerhörte feindliche Waffenstillstandsbedingungen und überhöfete Demobilisierung haben das Rückgrat unserer Wirtschaftsmaschine aufs schwerste geschädigt. Arbeitsgeist und Leistungswille sind gelähmt; viele verharren in Unfähigkeit. Der Ueberfüllung der Großstädte steht Arbeitermangel gegenüber. Arbeitermangel herrscht im Bergbau. Die Kohle ist die Kraftquelle der Volkswirtschaft. Die Kohlemot ist aufs höchste gestiegen. Die Fabriken müssen feiern. Wir müssen frieren und warme Nahrung und Wohnung entbehren. Arbeitslose, helft Kohle fördern! Arbeitermangel herrscht in der Eisen- und Stahlindustrie. Eisen ist das Rückgrat des Erwerbslebens. Ohne eisernen Pflug und Spaten keine Ackerbestellung, keine Ernte, daher keine Nahrung. Ohne eisernen Maschinen keine Textilindustrie, daher keine Kleidung. Ohne eisernen Werkzeuge und Geräte keine Bauartigkeit, daher keine Wohnung. Ohne Eisen keine Lokomotiven, keine Eisenbahnen, keine Schiffe, daher kein Verkehr. Arbeitslose, helft Eisen schaffen! Arbeitermangel herrscht vielerorts im Transportgewerbe. Das Transportgewerbe ist das Triebrad des Volkswirtschaft. Unsere Verkehrsmitel sind abgenutzt. 5000 Lokomotiven und 150 000 Wägen haben wir die Ernte weggenommen. Mit dem verbleibenden Rest müssen wir wirtschaften. Ohne schnelle Entladung kein gesteigerter Güterumsatz. Arbeitslose, helft den Güterverkehr beschleunigen! Arbeitermangel herrscht in der Land- und Forstwirtschaft. Die Landwirtschaft ist unsere Nährmutter. Kartoffeln werden noch in der Erde und drohen zu verderben. Dem Milchvieh fehlt die Wiese. Getreide bleibt ungedroschen, und das in einer Zeit größter Nahrungsmittelknappheit! Baume werden nicht gefällt, es fehlt an Holz, Brenn- und Gärtenholz. Arbeitslose, geht in die Land- und Forstwirtschaft! Ausgleich der Arbeitskräfte ist das Gebot der Stunde. Arbeitslose, laßt nicht in den Großstädten Arbeitslosigkeit wird noch lange bestehen, weil Holz- und Hilfsstoffe nicht herankommen und Ausrüstung ausbleiben! In die überfüllten Fabriken der Großstädte strömen jetzt die Feldfrauen hinein, die ein Recht auf ihren alten Platz haben. Arbeiter, ihr habt euer Schicksal in der eigenen Hand! Wer arbeitet, muß sich selbst und seinen Volksgenossen. Wer nicht arbeitet, versündigt sich an der Allgemeinheit und schadet sich selbst. Noch nie in jener Geschichte war das deutsche Volk auf Gedeih und Verderben so auf gemeinsame Arbeit angewiesen wie in den nächsten Wochen und Monaten. Volksgenossen, erkennt und übt wahre Solidarität! Stärkt den Arbeitswillen und das Verantwortungsbewußtsein, sonst macht ihr euch mit Schuld an den Untergang unseres Volkes. Arbeitslose, meldet euch bei den Arbeitsnachwebern und halt euch Rat bei den Demobilisierungswescheissen in den Stadt- und Landkreisen. Bei Arbeitswechsel ist freie Eisenbahnfahrt aus öffentlichen Mitteln gewährleistet.

Ein Sonett für unsere Zeit?

Während es belüchelt die gegenwärtigen Zeiten recht unruhig. Da mühen die Verse Hellods zeigen, daß die Schwarzgerberei auch früher schon vorhanden war:

„Denn jetzt hauset ein eifern Weichheit, das weder am Tage ausruhen wird von Mühen und Leid, noch während der Nachtzeit. Einziges Volk!“

Einzig ist nicht mit dem Vater der Sohn, nicht Jener mit diesem: nicht mit dem Weite der Welt, der Genoss nicht mit dem Genossen. Nicht mehr teuer der Bruder noch sein, wir einkerst er gewesen. Bald misshandeln sie auch die Fremden, die agersgebemten, Schwächen die Armen sogar, mit tränkender Rede sie tadeln.

Wunderbar! wundert die Stadt will einer dem andern verzeihen. Bedliche Irene dem Gide behält sich nimmer, — gerecht, sein, gut sein nimmer: o nein, wer Sünde verliert, des Unrechts Tat wird Ehrer gegollt. . . .“

Berufsorganisation und Konsumvereine. Auch für die Beamten sind die Fesseln gefallen, mit denen eine moralische Staatskunst ihnen die Bahnehmung ihrer Berufsinteressen verwehrte. Nichts steht ihrem Zusammenschluß auf gewerkschaftlicher Grundlage mehr im Wege, und schon rühren sich die Beamten vielerorts. Sie können sich dabei auf erprobte Vorbilder stützen, die sich die Arbeiterchaft in ihren Gewerkschaften schauet. Die Beamten werden dabei manchen Umweg nicht zu gehen brauchen, ohne dabei die Formen ihres berufsorganisatorischen Zusammenschlusses slavisch von den Gewerkschaften zu übernehmen. Auch hier ist es der Geist, der lebendig macht, der ihnen die Regelung des Verlaufs ihrer Arbeitskraft bringt. Dabei werden die Beamten, genau wie die Arbeiter, sehr bald lernen, daß auch für sie die wirtschaftliche Forderung besteht: Wir haben neben dem Verkauf unserer Arbeitskraft auch den Verbrauch aller Lebensnotwendigkeiten zu regeln. Auch auf diesem Gebiet ist eine Regiments zu bemerken, die recht erzieulich wirkt. So empfiehlt die Allgemeine Genährlicher Beamtenvereinigung ihren Mitgliedern den sofortigen Eintritt in den Sparverein und Sparverein Genährlicher. Es wird dabei der Erwartung geweckt, daß der Beamtenchaft Gelegenheit gegeben werde, sich in den Verwaltungsorganen der Genossenschaft zu betätigen. Da unsere Konjunktur sich demot. mäßig Gebilde sind, werden die Wünsche der Beamten sicher in Erfüllung gehen. Die so schnell gewonnene Einsicht, daß neben der Berufsorganisation der Zusammenschluß der Verbraucher eine unumgänglich notwendige Ergänzung der ersteren ist, zeigt von richtiger Einschätzung der wirtschaftlichen Lage, in der sich das deutsche Volk befindet. Große Zusammenhänge zwischen Berufs- und Verbraucherangelegenheiten. Wo das im gewünschten Maße noch nicht der Fall ist, werden die wirtschaftlichen Erdenmungen der Gegenwart aus der nahen Zukunft eine sehr deutliche Sprache reden. Da werden neben den Beamten auch noch jene gewerkschaftlich organisierten Arbeiter den Weg zum Konsumverein gehen, die bisher den Anschluss noch nicht fanden.

Kleinärten und Arbeitslosigkeit. Das Gespenst der Arbeitslosigkeit geht unter uns um und nimmt immer gewaltigere Formen an; da müssen auch kleinere Hilfsmittel der Bekämpfung willkommen geheißen werden. In der Kriegszeit hat sich das Kleinpartenwesen besonders stark entwickelt, aber es ist sicher noch einer weiteren erheblichen Steigerung fähig. Wie wäre es, wenn man armeren Arbeitslosen kleine Landstücke — es können auch etwas größere sein — teilweise umsonst oder gegen billige Entgelt überließe, um sich darauf Kleinärten anzulegen? Wohnung müßte nur die Bearbeitung mit eigener Hand sein. In der nächsten Zeit wird ja allerdings wohl Frost zu erwarten sein, aber bis alle organisierten Vorarbeiten erledigt sind, kann doch leicht schon wieder Wetter sein, bei dem man im Garten arbeiten kann. Wenn eine derartige Maßregel den Arbeitslosen auch nicht die fehlende Erwerbsarbeit ersetzen kann, so wäre sie doch in der Lage, ihnen vom späteren Frühjahr an die Lebensmittellieferung wesentlich zu erleichtern und ihre Stimmung und ihr Verhalten günstig zu beeinflussen. Außerdem ist es recht wichtig, alle Wege zu beschreiten, um in unferer städtischen Bevölkerung den Gedruck an der Bodenbearbeitung und die Fähigkeit für sie wieder zu stärken und die eines der wichtigsten Hilfsmittel für die Wiedererrichtung Deutschlands sein wird. Der ganze Gedanke verdient daher gewiß eine weitestgehende Prüfung.

Neue Berücksichtigung der Wohnungs- und Siedlungsreform! Die Revolution hat mit einem gewaltigen Auf die Reform unserer sozialen Verhältnisse ganz in den Vordergrund des Interesses gerückt und Sozialisierung der Betriebe, Reform der Lohn- und Arbeitsverhältnisse und dergleichen mehr sind das Feldgeschrei. Aber man kann die amgeschriebte Verbesserung der Verhältnisse der städtischen Volksmassen doch auch noch von einer anderen Seite her in Angriff nehmen. Die gegenwärtigen Wohnungs- und Siedlungsverhältnisse lasten schwer auf den Volksmassen, ihre gründliche Umänderung würde eine starke Erleichterung bedeuten. Diese Reform hat den Vortritt, daß sie in ziemlich bedeutendem Umfange durchzuführen kommen muß, da die im Geiste des Friedens eintretende große städtische Unfruchtbarkeit unseres Volkes die Schaffung zahlreicher neuer Wohnungen und Umstellungen nötig macht und hierzu wird auf Schaffung besserer Verhältnisse hingearbeitet werden müssen. Sie hat aber weiter auch den Vortritt, das Nationalökonomie in gewisser Richtung beträchtlich zu mehr, denn moderne, nach Reformökonomieprinzipien vorgenommene Siedlung heißt Siedlung mit Parkgärten und Bodenkultur und erschließt dadurch dem einzelnen wie der Gesamtheit erhebliche neue Hilfsquellen. Also: mehr Berücksichtigung der Wohnungs- und Siedlungsreform bei den gegenwärtigen großen Umwälzungen.

Die roten Arbeitermänner. Die mit e. tiefem Verständnis von Welt und bürgerlichen Inn- und Sportverbänden, allen erhaben von der Deutschen Turnerchaft, vor dem Anzuge auswärts: befrucht wurden, grüßen die neue deutsche Freiheit als das Chivald der Menschheitsliebe und erwarten, daß ihre Weiterungen in Zu-

kunft auch von jenen Tausenden von Volksgenossen gerühmt werden, die bis heute noch immer die Reihen der bürgerlichen Veteranen füllen. Jener Vereine und Verbände, die während der ganzen Dauer des Krieges in Wort und Schrift und durch Bildung von Jugendkompanien Übungen im Handgranatenwerfen die Stimmung zur Fortsetzung des Nordens bis zum endlichen Sieg förderten. Auf solche Stimmung gestützt, konnten es die Regierungen nur wagen, den Krieg fortzusetzen und Friedensangebote abzulehnen. Die Arbeiterturner sind von Anfang an gegen die Beteiligung an diesem Treiben gewesen und haben ihre freibliebende Tätigkeit trotz der dadurch bedingten Benachteiligung bei allerlei Vergünstigungen aufrechterhalten. Das werden uns auch unsere nun heimkehrenden Turngenossen danken. Wir grüßen die Freunde in der Heimat und hoffen, daß sie sich recht bald wieder ihrem alten Verein anschließen und recht viele Kameraden mitbringen. Mögen auch die vielen, der deutschen Turnerschaft angehörenden Vereine, deren Mitglieder fast nur aus Arbeitern bestehen, die ebenfalls die Aufrichtung der roten Fahne mitbetreiben helfen, prüfen, ob sie auch fernerhin einer Organisation angehören wollen, welche bis zur letzten Stunde mit allen ihren Maßnahmen die zu Boden geordnete Arbeiter-Turnerbund, Leipzig, Fichte-straße 36.

Die Humboldt-Akademie Freie Volkshochschule wird ihre Tätigkeit im Sinne geistiger Freiheit und wissenschaftlicher Unabhängigkeit voll aufrechterhalten. Sie erhofft von der demokratischen Umgestaltung des ganzen Staatswesens einen großen Aufschwung des Volkshochschulwesens und wird bestrebt sein, ihr Vorlesungswesen auszubauen und eine innere Lehr- und Lebensgemeinschaft zwischen Volkshochschullehrern und -hörern herzustellen. Als älteste und anerkannt größte deutsche Volkshochschule hofft sie bei der Wichtigkeit der Volksbildungsfrage für Gegenwart und Zukunft auf die Unterstützung durch Staat, Gemeinden, öffentliche Körperschaften und Einrichtungen rechnen zu können. Wegen der Unsicherheit der Verhältnisse und der Schwierigkeiten im Lehrbetrieb durch zeitweiligen Fortfall einiger Lehrstätten wird das nächste Lehrjahresjahr voraussichtlich erst gegen Ende Januar beginnen können. Das Vorlesungsverzeichnis, das nach Anfang Januar erscheinen wird, umfaßt 190 Vortragsreihen aus allen Wissensgebieten, Unterrichtskurse in allen wichtigen klassischen und modernen Sprachen, in Mathematik, Stenographie und Photographie. Besonders hingewiesen sei auf die Einrichtung der Seminare und auf zahlreiche neue Vorlesungen innerhalb der Abteilung für Geschichte, Rechts-, Staats- und Gesellschaftswissenschaften, die die Neuordnung in unserem Staatsleben behandeln. — Mitte Januar wird voraussichtlich eine große Kundgebung stattfinden, über die näheres noch veröffentlicht wird. Vorlesungsverzeichnisse und Hörerlisten sind erhältlich in den Theaterkassen von Herrn. Tisch, im Kaufhaus des Westens, in zahlreichen Buchhandlungen und Vereinstellen; Hauptbureau, Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 53-56 II, 10-12, 2-5.

Freiheit und Frieden.

Ich seh den Frieden hinan herniedersteigen,
er streute Blumen rings und lachtes Gold;
In allen Tälern schließ ein holdes Schweigen,
wo eben noch des Krieges Sturm gegrollt.
„Erwacht!“ so klang von seinem Göttermunde,
„erwacht vom Ebro zu der Wolga Strand!
Schließt eure Reih'n zum großen Völkerbunde,
reicht euch die Bruderhand!“

Hellenen, Russen, Italiener, Slaven,
erwacht! es naht die große Stunde nun!
Ihr, Söhne Deutschlands, habt genug gestritten,
und ihr, Franzosen, laßt die Schwerter ruh'n!
Ihr alle blutet an derselben Wunde:
zerbrecht die dumpfe Kette, die euch bannt!
Schließt eure Reih'n zum großen Völkerbunde,
reicht euch die Bruderhand!

Und seh ich nicht die Freiheit näher rücken
aus schwarzer Ferne? Tyrannei entflieht;
vergebens, um den Funken zu erlösen,
die Willkür blinkend hin zum Norden sieht;
Ihen liegt des Nordens Bär in seinem Lann,
dem Lichte fern, das er uns wolll' ertingen.
O, Stimme, komme, löse himmelan,
es gibt noch Siegespalmen zu bepflanzen.

Pierre de Béranger.

Totenliste des Verbandes.

M. Adler, Frankfurt a. M.

Pflegerin
† 18. 12. 1918, 24 Jahre alt.

Karl Blume, Berlin

† 9. 12. 1918, 54 Jahre alt.

Ludwig Dresfers, Hamburg

† 25. 10. 1918, 45 Jahre alt.

Johann Ertel, Berlin

† 12. 12. 1918, 28 Jahre alt.

Jakob Grejschik, Leipzig

Gartenarbeiter
† 6. 12. 1918, 52 Jahre alt.

Hermann Haase, Dresden

Tiefbauarbeiter
† 21. 12. 1918, 55 Jahre alt.

Emil Hänsel, Dresden

Straßenreiniger
† 17. 12. 1918, 57 Jahre alt.

Wilh. Hofmann, Dresden

Maurer
† 19. 11. 1918, 62 Jahre alt.

Friedrich Hooge, Berlin

† 11. 11. 1918, 57 Jahre alt.

Karl Hübenet, Hamburg

Kaiverwaltung
† 24. 11. 1918, 51 Jahre alt.

Peter Jäger, Kirchheim

Faßlöbner
† 21. 12. 1918, 46 Jahre alt.

Wilhelm Kera, Dresden

Straßenreiniger
† 22. 12. 1918, 34 Jahre alt.

Ernst Klose, Breslau

Gaswerk 3
† 12. 12. 1918, 59 Jahre alt.

Wilhelm Knhsahl, Berlin

† 20. 11. 1918, 58 Jahre alt.

Karl Lange, Hamburg

Friedhof
† 8. 12. 1918, 54 Jahre alt.

Marie Leh, München

Kadefrau
† 6. 12. 1918, 88 Jahre alt.

Karl Prinz, Hamburg

Anstalt Langenhorn
† 20. 11. 1918, 44 Jahre alt.

Otto Reichel, Chemnitz

Stadtkrankenhaus
† 14. 12. 1918, 20 Jahre alt.

Emil Richter, Berlin

† 18. 12. 1918, 58 Jahre alt.

J. Schnepf, Frankfurt a. M.

städtische Straßenreinigung
† 11. 12. 1918, 68 Jahre alt.

Jr. Schröter, Alt-Scherbitz

Kranlenspflegerin
† 21. 12. 1918.

Karl Schwabe, Hamburg

Gaswerk 2
† 24. 11. 1918, 66 Jahre alt.

Jos. Sedlmeier, Ingolstadt

Justizakteur
† 12. 11. 1918, 55 Jahre alt.

Adolf Streit, Görlitz

Arbeiter
† 12. 12. 1918, 61 Jahre alt.

Georg Strike, Berlin

† 9. 6. 1918, 20 Jahre alt.

E. C. Thiele, Weiskensels

Arbeiter
† 17. 12. 1918, 68 Jahre alt.

H. Thiem, Sichterberg

† 20. 12. 1918.

Wilhelm Uhlig, Chemnitz

Gartenverwaltung
† 12. 12. 1918, 66 Jahre alt.

Geinrich Werner, Hamburg

Kaiverwaltung
† 24. 11. 1918, 70 Jahre alt.

H. Wieland, Mannheim

Moblräger
† 20. 12. 1918, 41 Jahre alt.



Opfer des Weltkrieges:

Anast. Dähling, Hamburg

am 27. Nov. 1918 im Alter von
83 Jahren im Lazarett gestorb.

H. Markwardt, Hamburg

am 9. Okt. 1918 im Alter von
89 Jahren im Lazarett gestorb.

Herm. Schacht, Hamburg

am 11. Juni 1918 im Alter
von 40 Jahren gefallen.

Wilhelm Schmidt, Berlin

am 21. Oktober 1918 im Alter
von 45 Jahren gefallen.

Hugo Wierk, Süderk

im Alter von 84 Jahren
gefallen.

August Wienke, Berlin

am 4. Juni 1918 im Alter
von 42 Jahren gefallen.

Ehre ihrem Andenken!